

Carmen Dege  
Die Lüge und das Politische

Die Reihe **SUBJEKTIVITÄT UND POSTMODERNE** bietet ein Forum für avancierte Arbeiten über psychologische Phänomene der »Postmoderne«. Dabei werden sowohl theoretische Arbeiten vorgestellt, als auch Arbeiten, die auf der Grundlage empirischer Untersuchungen einen Beitrag zur theoretischen Reflexion leisten.

In theoretischer Perspektive wird eine Rezeption poststrukturalistischer Positionen in den Diskurs der Psychologie vorgeschlagen. Die Gegenstände des psychologischen Diskurses existieren nicht unabhängig von diesem. Unser Fühlen und Denken, unser Wahrnehmen und Begehen, unsere Angst, unsere Trauer, unsere Freude, unsere Leidenschaft, unser Handeln, selbst unser Ich, kurz das Psychische wird durch unsere Rede darüber nicht nur geformt, sondern konstituiert.

Das Paradigma der Empirie ist deshalb das der »qualitativen« Forschung: die narrative Rekonstruktion der Geschichte von Subjekten im Rahmen der Beziehung zwischen Forscher und befragtem – sich selbst – befragendem Subjekt.

Die Situation der »Postmoderne« ist dadurch gekennzeichnet, dass dem Subjekt für diese Rekonstruktion kein verbindlicher Rahmen mehr zur Verfügung steht, wie ihn die alten Meta-Erzählungen noch geliefert hatten: jene der Wissenschaft, Religion, Philosophie, Kunst, Politik usw. Sie sind als Fiktionen durchschaut, beliebig geworden. Sie tragen die Erzählung der Geschichte des Subjekts nicht mehr. Aber es werden immer wieder neue erfunden (Baudrillard). Unsere Erzählungen sind voll davon: Gespräche über den letzten Film, das neueste Buch, die ultimativen Events. Sie verbergen die Sehnsucht nach der Geschichte, in der wir eine Rolle spielen, unserer Geschichte und verleugnen zugleich die Angst vor ihr.

Die Arbeiten dieser Reihe versuchen, diese Situation des Subjekts in ihren konkreten Äußerungsformen nachzuzeichnen und damit zugleich in die allgemeinere Diskussion einzubringen.

Forschung Psychosozial  
SUBJEKTIVITÄT UND POSTMODERNE  
HERAUSGEGEBEN VON KLAUS-JÜRGEN BRUDER

Carmen Dege

# **DIE LÜGE UND DAS POLITISCHE**

**FREIHEIT UND SICHERHEIT  
IN DER PRÄVENTIONSGESELLSCHAFT**

**UNTER MITARBEIT VON MARTIN DEGE**

**MIT EINEM VORWORT  
VON KLAUS-JÜRGEN BRUDER**

Psychosozial-Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Originalausgabe

© 2010 Psychosozial-Verlag

Walltorstr. 10, D-35390 Gießen

Fon: 06 41 - 96 99 78 - 18; Fax: 06 41 - 96 99 78 - 19

E-Mail: [info@psychosozial-verlag.de](mailto:info@psychosozial-verlag.de)

[www.psychosozial-verlag.de](http://www.psychosozial-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagabbildung: »Our Crowd« (Lampenschirm),  
The Design Laboratory, London 2004

Umschlaggestaltung & Satz: Hanspeter Ludwig, Gießen  
[www.imaginary-art.net](http://www.imaginary-art.net)

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar  
[www.majuskel.de](http://www.majuskel.de)

Printed in Germany  
ISBN 978-3-8379-2065-9

*Für Naima Lucienne,  
die Geduldige*

*»Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.«*

*(Rosa Luxemburg 1920, S. 109)*

# INHALT

<b>DER STATUS DER LÜGE IM DISKURS DER MACHT</b>	9
<i>Klaus-Jürgen Bruder</i>	
<b>EINLEITUNG</b>	23
<b>1 SICHERHEIT, SICHERHEITSPOLITIK UND FREIHEIT – WANDLUNGEN DES SICHERHEITSBEGRIFFS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND SEIT DEN 70ER JAHREN</b>	31
1.1 Die erste Bedrohung des Rechtsstaats – Der Terrorismus der 70er Jahre	36
1.2 Von der Abwehr zur frühzeitigen Bekämpfung – Deutschland auf dem Weg zum Präventionsstaat	40
1.3 Antworten auf die neue Bedrohung nach dem 11. September 2001	47
<b>2 DIE KONZEPTIONEN VON SICHERHEIT UND FREIHEIT IN DER GOUVERNEMENTALITÄTSDEBATTE</b>	53
2.1 Die Bedeutung der Sicherheitsdispositive für die moderne Regierungs rationalität	55
2.2 Das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit im Liberalismus	63
2.3 Die Sicherheitsproblematik in der Bundesrepublik Deutschland im Lichte der Gouvernementalitäts- debatte – Eine Hinführung zur Lüge	75

<b>3     DIE LÜGE</b>	79
3.1 Ideengeschichtliche Perspektiven – Die intentionale Lüge, die politische Lüge und die aussermoralische Lüge	79
3.1.1 Die Lüge als absichtsvolles Verhalten – Zwei beispielhafte Betrachtungen	80
3.1.2 Die Lüge als politische Notwendigkeit – Ideen zu einer Philosophie der Staatsführung	85
3.1.3 Die strukturelle Lüge – Über Wahrheit und Lüge im aussermoralischen Sinne	94
3.2 Hannah Arendt und das Politische	103
3.2.1 Pluralität und Natalität als Voraussetzungen politischen Handelns	104
3.2.2 Freiheit als Souveränität oder Freiheit als Virtuosität	108
3.2.3 Wo Gewalt ist, soll Macht sein	116
3.3 Fürsorge, Wahrheit, Herrschaft und Meinung – Von den Strukturvoraussetzungen der organisierten Lüge	122
3.3.1 Meinung und Wahrheit – Von der Beschaffenheit und Notwendigkeit eines wesentlich politischen Konflikts	124
3.3.2 Fürsorge und Herrschaft – Wie die Nützlichkeit das Handeln verdrängte	141
3.3.3 Die Konzeption der organisierten Lüge	147
3.4 Die Arendt'sche Lüge im ideengeschichtlichen Vergleich	162
<b>4     DIE BEDEUTUNG DER LÜGE         FÜR DAS VERHÄLTNIS VON SICHERHEIT UND FREIHEIT</b>	175
4.1 Die Rolle der Lüge in der Sicherheitsdebatte zwischen Bundesinnenministerium und Bundesverfassungsgericht	177
4.2 Effekte der Lüge – Die Herausbildung eines negativen Freiheitsbegriffs in der aktuellen bundesdeutschen Sicherheitsdebatte	197
<b>SCHLUSS</b>	207
<b>LITERATUR</b>	215

# EINLEITUNG

*»Sicher ist: die Welt hat sich heute verändert,  
wir wissen nur noch nicht wie.«  
(Abschluss einer Sondersendung zum 11. September 2001  
im Deutschlandfunk)*

Die Ereignisse des 11. Septembers 2001 sind mittlerweile, nach nahezu einem Jahrzehnt, in unzähligen Bereichen wie den Medien, der Literatur oder auch der Wissenschaft aufgearbeitet worden. All diesen Arbeiten wohnt die Suche nach einer Antwort auf die Bedeutung der Ereignisse inne. Alle versuchen in ihren unterschiedlichen Ausrichtungen, eine Antwort auf die Frage nach dem *Wie* der Veränderungen in den letzten acht Jahren zu finden. Bei genauerer Betrachtung der mit dem Ereignis verbundenen Umwälzungen in deutscher und internationaler Politik verschiebt sich der Fokus allerdings von der Singularität dieser Ereignisse hin zu den qualitativen Veränderungen in unmittelbar vorausgehender sowie weiter zurückliegender Zeit. Insbesondere Veränderungen im Verständnis von Sicherheit und Freiheit scheinen essenziell für die Herausbildung gegenwärtiger Strukturen zu sein. Aktuell erzeugt die bundespolitische Diskussion einen Zielkonflikt zwischen beiden Begriffen: Besteht die Notwendigkeit, Freiheitsrechte zugunsten von mehr Sicherheit einzuschränken? Ist Sicherheit gar selbst ein zu schützendes Grundrecht? Stellt sie die Grundvoraussetzung von Freiheit dar? Oder kann es beim Grundrecht auf Freiheit keine Abwägung

geben? Die Debatte verspricht dabei, die Balance zu suchen, womit sie gleichzeitig nahelegt, dass alle Versuche unvollkommen bleiben und sowohl vollkommene Freiheit als auch vollkommene Sicherheit verfehlt werden müssen.

Diese Arbeit fragt konkret nach dem Verhältnis beider Begriffe sowie den damit zusammenhängenden Verständnissen von Freiheit und Sicherheit. Dabei erweitert sie die zu großen Teilen auf der Kompromisslinie von »Wie viel von was ist möglich und wie viel von was ist nötig« geführten Diskussion, indem sie Ansätze aus der politischen Theorie hinzuzieht, die sich nicht – wie im aktuellen politischen Rechtfertigungsdiskurs – mit einer Rückführung auf die Ideengeschichte von Thomas Hobbes und John Locke begnügen. Kern der Arbeit stellt dabei die Entwicklung einer Konzeption der Lüge dar, die einerseits für sich gestellt originäre Antworten auf die unterschiedlichen Philosophien der Lüge gibt und andererseits eine Perspektive auf das erlaubt, was durch die aktuelle Diskussion verborgen, ja notwendigerweise unterdrückt und gerade in dieser Funktion konstitutiv für die Ausprägung spezifischer Verständnisse von Sicherheit und Freiheit wird.

Um an erster Stelle die Wandlungen im Sicherheitsverständnis der Bundesrepublik Deutschland, die untrennbar mit der Frage nach dem den Debatten zugrunde liegenden Freiheitskonzept verbunden sind, zu betrachten, ist es im ersten Kapitel zunächst notwendig, die Begriffe *Sicherheit* und *Freiheit* im herrschenden, bundesdeutschen Diskurs zu verorten. Als wesentlicher Ansatzpunkt dient dabei die Verschiebung der Sicherheitsproblematik in Deutschland seit dem Aufkommen einer terroristischen Bedrohung in den 70er Jahren. Eine Hauptthese ist, dass diese Bedrohung zu einer Anpassung der Rechtsordnung an innerstaatlich verstandene Verteidigungszustände führte und schließlich ein Verständniswandel der Funktion der Grundrechte insgesamt einleitete. Wurden die Grundrechte zunächst als Garant individueller Freiheitsrechte verstanden und waren dem Schutz der individuellen Autonomie gegenüber dem Staat verpflichtet, entwickelten sich die Bürger immer stärker zu Schutzbefohlenen, deren individuelle und kollektive Sicherheit der Staat aktiv zu gewährleisten hatte. Dies hatte zur Folge, dass die Sicherheit zu einem Recht mit Verfassungsrang erhoben wurde, ohne eindeutig grundrechtlich verankert zu sein, was implizierte, dass staatliches Han-

deln zunehmend präventiv verstanden wurde und das Sicherheitsrecht explizit sozialsteuernde Gewalten übertragen bekam. Diese Entwicklung mündete schließlich in die Gesetzgebungen des Sicherheitspaketes I und II sowie weiterer Sicherheitsgesetze als scheinbar unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse des 11. Septembers 2001 und der diagnostizierten neuen Gefährdungslage, die eine Umkehr des ursprünglich skizzierten Verhältnisses von Staat und Bürgern nach sich zog: Der Einzelne wird nicht mehr als prinzipiell rechtstreuer Bürger wahrgenommen, sondern als potenzielle Gefahr; die Nichtgefährlichkeit bildet die Ausnahme, die der Bürger für seine Person beweisen muss.

Michel Foucault bezeichnete bereits 1979 die sich in der deutschen Debatte über den innerstaatlichen Terrorismus zuspitzenden Fragen als wesentlichen Schlüssel für das politische Verständnis der Gegenwart. Dieses Verständnis entspricht ihm zufolge einem neuen Machttyp, der sich innerhalb der letzten 200 Jahre herausbildete und als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentlich technisches Instrument die Sicherheitsdispositive begreift. Innerhalb dieses Rahmens geht das zweite Kapitel auf die Herausbildung von Bevölkerung und politischer Ökonomie ein und entwickelt ein den bundesdeutschen Diskurs aufschließendes Verständnis von Sicherheitsdispositiven, die – so eine Kernaussage – dem modernen Staat dazu verhelfen, sich gleichsam selbst zu begrenzen und Mechanismen sozialer Kontrolle zu schaffen, neue Formen der Freiheit zu gewährleisten und dieselbe Freiheit wiederum zu beschränken. Die Konsequenzen der Verquickung von Freiheit und Sicherheit provozieren schließlich eine politische Kultur der Gefahr, eine Ausweitung von Kontrollapparaten und die Entstehung eines Interventionismus, die eine selbstzerstörende Mechanik freiheitlich ausgerichteter Systeme zur Folge hat.

Das durch die Sicherheitsdispositive stark gewandelte Konzept von Freiheit, das zunehmend ein spezifisches, durch staatliche Einschränkungen und an soziale Konventionen gebundenes Handlungsmodell ausbildet, weist nun immer deutlicher auf ein sich wechselseitig bestimmendes Verhältnis von Sicherheit und Freiheit, das jedoch innerhalb der Gouvernementalitätsdebatte theoretisch unterbestimmt bleibt. Der Sicherheitsbegriff, so die These, welche im Zuge der zweiten Hälfte der Arbeit in den Vordergrund rücken wird, schließt die Ausprägung eines

bestimmten Freiheitsbegriffs mit ein; er hegemonialisiert den Freiheitsbegriff in einer Weise, die der Struktur der *organisierten Lüge* folgt. Der ursprünglich von Platon entwickelte Begriff der *wohlmeinenden Lüge* wird vor allem von Hannah Arendt aufgegriffen und zur *organisierten Lüge* erweitert. Somit wird die politische Lüge maßgeblich modernisiert und von einem klassischen Verständnis der intentionalen Lüge gelöst. Dabei stellen sich interessante Parallelen aber auch Differenzen zu den ihr vorausgehenden Theoretikern der Lüge wie Aurelius Augustinus, Immanuel Kant, Niccolò Machiavelli und Friedrich Nietzsche, deren Betrachtungen kurz erläutert und anschließend mit Arendts Konzept des Politischen und der Lüge in Verbindung gebracht werden. Arendts wesentlicher Beitrag zu einer Konzeption der Lüge besteht im Aufzeigen einer der Lüge innewohnenden Beschränkung politischen Handelns, die den Weg zwischen der politischen Auseinandersetzung von Meinungen und der Etablierung einer Wahrheit verkürzt und eine freiheitsfeindliche Herrschaftsstruktur verschleiert. Inwiefern die Lüge die öffentliche Diskussion umgeht und mit welchen Konsequenzen sie eine einzelne Meinung als Wahrheit zu vermitteln vermag, ist daher die zentrale Frage des dritten Kapitels. An dieser Stelle wird ebenso deutlich, dass Arendt auf originelle Art und Weise mit einer eigenen Konzeption der Lüge Stellung bezieht, die es mit den bekannten Theoretikern der Lüge nicht nur aufnehmen kann, sondern sowohl eine begründete Erwiderung auf die moralisch meist diffamierte, absichtsvolle Lüge als auch eine analytisch wertvolle Weiterführung der durch Nietzsche angestoßenen modernen, strukturellen Lüge leistet. Um der Aussagekraft der Arendt'schen Konzeption der Lüge gerecht zu werden, ist diese Auseinandersetzung besonders detailliert und ausführlich gehalten.

Im vierten Kapitel wird die Bedeutung der Lüge für das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit erschlossen. Dabei ergeben sich drei wesentliche Merkmale: erstens strukturelle, die Lüge ermöglichte Voraussetzungen suggestiver Sprache und tatsachenverschleiernder Einschätzungen, zweitens der Supplementcharakter der Sicherheit gegenüber der Freiheit und schließlich drittens ein damit einhergehender Hegemonialisierungseffekt der Freiheit durch die Sicherheit. Wesentliche Folge dieses spezifischen Verständnisses ist die Herausbildung eines vorrangig negativen Freiheitsbegriffs in der aktuellen

sicherheitspolitischen Diskussion, eine Entwicklung, die noch einmal anhand der Debatte zwischen Bundesverfassungsgericht und Innenministerium nachvollzogen wird.

Die Arbeit möchte so zweierlei leisten: Zum einen wird ein aktuell viel diskutiertes Problem nicht nur mithilfe einer vertieften theoretischen Auseinandersetzung beleuchtet, sondern neue Herangehensweisen er-schlossen, die das öffentliche Verständnis des Problems erweitern können. Zum anderen betritt die Arbeit theoretisches Neuland, indem sie anhand der Arendt'schen Theorie eine Konzeption der Lüge weiterentwickelt, die bislang sowohl in der Literatur zur Lüge als auch in der Literatur zu Arendt nur marginal gewürdigt wurde.

Hinsichtlich der für die einzelnen Teilbereiche herangezogenen Literatur lässt sich Folgendes sagen: Was die bundesdeutsche Diskussion über Sicherheit und Freiheit anbelangt, bieten vor allem die rechtspolitischen Debatten seit den 70er Jahren ausreichend Material zur diskursiven Verortung. Insbesondere die Diskussionen im juristischen Schrifttum, die sich an Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs für Strafsachen anschlossen, sowie diesen auch teilweise vorausgingen, spiegeln die sicherheitspolitischen Dynamiken und Veränderungen weit besser wider, als die einschlägige politologische Literatur zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik (vgl. Böckenförde/Gareis 2008; Collins 2007; Gareis 2006; Glaeßner 2003; Kötter 2008; Mey 2004) oder die medienwissenschaftlichen Analysen über die Rezeption der Anti-Terror-Maßnahmen vor und nach dem 11. September (vgl. Schicha/Brosda 2002; Beuthner et al. 2003; Melnick 2009; Poppe/Schüller/Seiler 2009). Es war daher maßgeblich der rechtspolitische Diskurs, der als Produktionsdiskurs der Begriffe Sicherheit und Freiheit einen wesentlichen Beitrag leistete. Medien sowie Bürgerengagements wirkten im Vergleich dazu meist eher verstärkend als begründend und reagierten in der Mehrzahl auf Impulse, die aus der deutschen Exekutive, Legislative oder Judikative kamen.

Zur Bearbeitung der Gouvernementalitätsdebatte im Hinblick auf das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit dienten hauptsächlich Foucaults späte Vorlesungen (Foucault 2001, 2006a, b) und Schriften (vgl. Foucault 2003a, b, c, d, e), in denen er das Konzept der Sicherheitsdispositive

entwickelt und auf die sicherheitspolitischen Entwicklungen in Deutschland und Frankreich eingeht. Darüber hinaus waren die Diskussionen um Rassismus, Versicherung und Risiko unter Foucaults Schülern (vgl. Burchell/Miller/Gordon 1991; Ewald 1993; Gordon 1991; Pasquino 1991) sowie die in Deutschland zum Ende der 90er Jahre stärker einsetzende Gouvernementalitätsrezeption (vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke 2001; Eribon 1991; Landwehr 2004; Lemke 2003, 2007; Magiros 1995; Opitz 2004; Krasmann 2007) hilfreich. Abgesehen von einem aktuell erschienenen Band zu Gouvernementalität und Sicherheit (vgl. Purtschert/Meyer/Winter 2007a, b) sowie einer Diskussion, die, ausgelöst durch die Thematisierung der foucaultschen Subjekttechnologien, auch einen Fokus auf Fragen des Risikos und der Sicherheit legt (vgl. Andrejevic 2006; Magiros 1995; Lemke 2003; O’Malley 2000; Pearce/Tombs 1996; Krasmann 2003; Schultz 2006; Dean 2007; Larner 2006), besteht ein deutlicher Mangel an einer bei Foucault teils vage oder unabgeschlossen bleibenden Diskussion der Sicherheitsdispositive, der in der existierenden Literatur ebenfalls beklagt wird (vgl. Purtschert/Meyer/Winter 2007a, b; Opitz 2007). Insbesondere die Frage nach Rolle und Bedeutung von Sicherheit in modernen Gesellschaften bleibt unterbeleuchtet und scheint erst langsam, nachdem die ökonomischen und subjekttheoretischen Implikationen von Foucaults Gouvernementalitätskonzept über zwei Jahrzehnte diskutiert wurden (Opitz 2004; Rose 1999, 2007; Miller/Rose 2008), mehr Raum einzunehmen.

Hinsichtlich des dritten Kapitels, also der Konzeptionalisierung der Lüge, wurde hauptsächlich auf Primärliteratur zurückgegriffen. Das liegt zum einen daran, dass die hier entwickelte Perspektive sich nicht vorrangig mit Interpretationen etwa von Arendts oder aber Nietzsches Philosophie auseinandersetzt, sondern vielmehr versucht, neue Lesarten zu entwickeln und diese zu einem politisch aktuellen Problemzusammenhang in Beziehung zu setzen. Zum anderen besteht, sowohl was die ideengeschichtliche Aufarbeitung von Konzepten der Lüge als auch die eingängige Betrachtung der organisierten Lüge durch Arendt anbelangt, eine Leerstelle in der Literatur. Abgesehen von ein paar wenigen, jedoch eher oberflächlichen oder irreführenden Beiträgen zu Arendts Konzept der Lüge (vgl. Brunkhorst 2004; Beiner 2004; Grunenberg 2003; Nelson 1978; Newman 2004), können daher lediglich Günter Magieras (2007)

Ausführungen zur Komplexität von Wahrheit und Meinung bei Arendt als wichtige Grundlage der Arbeit gelten. An einer breiten, aktuellen Auseinandersetzung wesentlicher Begriffe der Arendt'schen Philosophie wie Macht, Politik und Freiheit mangelt es jedoch nicht (vgl. Ahrens 2005; Barley 1990; Benhabib 1988, 1996; Felman 2001; Förster 2009; Grunenberg 1995, 2003, 2008; Habermas 1994; Reist 1990; Saner 1997; Schäfer 1993; Thaa 2003; Zerilli 2005; Brunkhorst 1999; Meints/Klinger 2004). Dabei waren für diese Arbeit die Publikationen von Oliver Machart und Dana Villa (vgl. Machart 2005; Villa 1996, 1999) besonders wertvoll. Neben der erwähnten Literatur von und über Arendt gab ein Beitrag von Klaus-Jürgen Bruder (2009) weitere wichtige Anregungen zu einem Konzept der strukturellen Lüge. Darüber hinaus war für eine analytische Ergänzung die Konzeption des Supplements durch Jacques Derrida (1974) ebenso hilfreich wie sein 1996 gehaltener Vortrag über eine Geschichte der Lüge (1996), in dem er die traditionelle von der modernen Lüge unterscheidet, was schließlich die in dieser Arbeit vorgenommene Differenzierung zwischen intentionaler, politischer und struktureller Lüge inspirierte.

Im Vergleich dazu begründen sich einschlägige Werke über die Lüge allgemein entweder ethisch-normativ (vgl. Schockenhoff 2005; Leonhardt/Rösel 2002; Hettlage 2003; Oy 2001; Revel 1990; Büchele 1982), bleiben auf einem sprachtheoretischen Niveau (vgl. Dietz 2002; Weinrich 2000; Gustafsson 1980) oder thematisieren die Lüge aus rein disziplinärer Perspektive wie beispielsweise der Psychologie, der Medienwissenschaft oder der Theologie (vgl. Müller 2007; Mayer 2003; Sommer 1993). Ob die Lüge gut oder schlecht, moralisch verwerflich oder gesellschaftlich notwendig ist, wie oft gelogen wird, welche Möglichkeiten der Lüge durch die Sprache gegeben sind oder inwieweit unsere Gesellschaft einer Lügengesellschaft gleicht, steht dabei deutlich stärker im Vordergrund als die hier entwickelten Fragen danach, welcher strukturellen Voraussetzungen die Lüge bedarf, welche gesellschaftspolitische Rolle sie spielt und welche sozialen Auswirkungen sie hat.